



Gute Arbeit

Für Mindestlohn und faire Arbeitsbedingungen

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

vom 25. bis 28. Oktober fand in Hamburg der Bundesparteitag unserer Partei statt. In der Hansestadt wurde ein neues Parteiprogramm beschlossen, das in den Ortsvereinen und auf einer Veranstaltung des Stadtverbands intensiv diskutiert worden ist.

Auch außerhalb Göttingens haben sich GenossInnen so ihre Gedanken gemacht und dafür nicht nur Lob geerntet. Die Feder ist mächtiger als das Schwert, sagt ein Sprichwort, welches man anhand dieser Debatte wohl bestätigt sehen kann.

Zuerst verfassten Kurt Beck und Hubertus Heil ein Buch zur Programmdebatte, dann zogen Detlev Albers und Andrea Nahles mit linken Programmausteinen nach. Die meiste Medienöffentlichkeit erwirkten jedoch die Genossen Platzek, Steinmeier und Steinbrück, die in ihrem Werk „Auf der Höhe der Zeit“ die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Agenda 2010 als zutiefst sozialdemokratisch loben.

Sie propagieren ein Reformkonzept, zu dem weite Teile der SPD noch keine vernünftige Position gefunden haben – eben weil viele von uns nicht nur die positiven Effekte erleben, sondern auch mit den negativen Seiten der Agenda 2010 regelmäßig konfrontiert werden.

Die Diskussion im Vorfeld des Par-

teitags ist gut und richtig gewesen. Richtungskontroversen muss eine Volkspartei aushalten. Vielleicht gelingt es ja tatsächlich, mit dem „Hamburger Programm“ nicht nur einen soliden Grundkonsens für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts zu erarbeiten, sondern auch durch die Diskussion darum die Position der Partei zu verschiedenen Entwicklungen der letzten rot-grünen Regierung zu klären.

Mindestens genauso wichtig wie die Grundsatzprogrammdebatte ist, dass die SPD ihr Profil schärft und den Menschen klar macht, warum es sich lohnt, sie zu wählen. Deswegen möchte ich euren Blick auf einen Leitantrag des Parteivorstands lenken, der in Hamburg zur Abstimmung gestellt wurde und den Titel „Gute Arbeit“ trägt.

In diesem Antrag geht es nicht nur um die Frage, wie Arbeitsplätze geschaffen werden können, sondern endlich stehen qualitative Aspekte von Arbeit stärker im Mittelpunkt. Gute Arbeit heißt, dass alle Menschen – jung und alt, Mann und Frau, Deutsche und AusländerInnen, Stärkere und Schwächere – eine Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen finden, von der sie auch leben können.

Dazu gehört ein klares Bekenntnis zu einem Mindestlohn, das in unserer Partei viel zu lange gefehlt hat. Ebenfalls notwendig ist aber auch die Erkenntnis, dass die Rente mit 67 eben in einigen Branchen vollkommen realitätsfern ist. Der Antrag stellt noch viele weitere Punkte zur Diskussion, wie die Frage von Arbeitnehmerrechten, Gleichstellung beim beruflichen

Aufstieg, Bekämpfung von Schwarzarbeit und solide Ausbildung.

Ihr merkt, das Thema „Gute Arbeit“ bietet viel Gesprächsstoff, und durch eine konsequente Umsetzung in der Regierungsarbeit ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viel zu gewinnen.

Wir haben daher den Zuständigen für Arbeitnehmerrechte im NiedersachsenTeam, Wolfgang Denia, für eine Öffentliche Delegiertenversammlung eingeladen – ihr kennt ihn sicher noch aus seiner Zeit als Ver.di-Landesvorsitzender in Niedersachsen. Ich freue mich auf eine spannende Diskussion mit Euch!

Euer

Stefan Christmann
Stadtverbandsvorsitzender

EINLADUNG

Zur öffentlichen Delegiertenversammlung des SPD-Stadtverbands

am Freitag, 23. November 2007
um 19.30 Uhr
in der Jugendherberge Göttingen,
Habichtsweg 2

Besondere Gäste und Referenten:

- Wolfgang Denia, Mitglied im NiedersachsenTeam, zuständig für Arbeitnehmerpolitik, zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
- Gabi Andretta, Ronald Schminke, Manfred Kuhlmann
- Insa Wiethaup mit einem Bericht über den Bundesparteitag der SPD

Gäste gern willkommen!

Wir sind „Spitze“ – und nun weiter?

Liebe Genossinnen und Genossen.

Die Göttinger Sozialdemokratie gratuliert der Universität zu ihrem großen Erfolg! Profitieren vom neuen Glanz werden nicht nur die Universität und die beteiligten Forschungseinrichtungen. Zu den Gewinnern gehören ebenso die Stadt als attraktiver Studienort und die Region Südniedersachsen als dynamischer Forschungsstandort.

Es war ein langer, steiniger Weg zu diesem Erfolg. Als 2004 die damalige Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn die Exzellenzinitiative auf den Weg brachte, kam aus Niedersachsen großer Widerstand. Im Landtag wurde Edelgard Bulmahn von der CDU mit Hohn und Spott überschüttet, Wulff und Stratmann ließen damals nichts unversucht, die Exzellenzinitiative noch zu Fall zu bringen. Und heute? Die größten Blockierer von damals lassen sich ungeniert als Sieger feiern – welche Verlogenheit! Doch blicken wir nach vorn: Jetzt kommt es darauf an, dass auch die Studierenden von der Spitzenförderung profitieren. Zu einer exzellen-

ten Forschung gehört auch eine exzellente Lehre und zwar nicht beschränkt für wenige Auserwählte. Bisher wurde die Lehre eher stiefmütterlich behandelt, völlig zu Unrecht. In der Lehre wird der wis-



senschaftliche Nachwuchs von morgen ausgebildet und alle wissen, Spitze erhält man nur dort, wo man in der Breite fördert. Das bedeutet auch, dass der Zugang zu den Hochschulen offen sein muss. Nicht der Geldbeutel der Eltern darf über die Chance, studieren zu können, entscheiden, sondern das Talent. Deshalb werde ich als Wissenschaftsministerin in einer SPDgeführten Landesregierung nach einem Wahlsieg am 27. Januar 2008 die Studiengebühren sofort wieder abschaffen. Unser Beitrag zur Exzellenz!

Eure

Gabi Andretta

Präsidentschaftswahlen in den USA

SPD und Demokratische Partei (USA) laden ein

Sonntag, d. 04. November 2007
17.00 Uhr, Forum des Parteihauses,
Nikolaistr. 30

Die Entscheidung, wer im nächsten Jahr die Nachfolge von US-Präsident George W. Bush antritt, rückt immer näher. Derzeit werden parteiinterne Vorwahlkämpfe bei den Demokraten und den Republikanern geführt, um den richtigen Kandidaten oder die richtige Kandidatin zu bestimmen. Ein System, das in Deutschland fast unbekannt ist – wir SozialdemokratInnen erinnern uns lediglich an das Kandidatenrennen zum SPD-Bundesvorsitz zwischen Schröder, Scharping und Wieczorek-Zeul im Jahre 1993, als jedes SPD-Mitglied abstimmen konnte.

So kommt es in den USA also nicht nur seit langem zu TV-Duellen zwischen Demokraten und Republikanern à la Kerry/Bush, sondern vorher zu mehreren parteiinternen TV-Duellen. Gemeinsam mit dem Göttinger Ortsverein (Chapter) der „Democrats Abroad“, der Auslandsorganisation der Demokratischen Partei der USA, überträgt der SPD-Stadtverband ein Kandidatenduell der demokratischen Kandidatinnen und Kandidaten. Neben Hillary Clinton und Barack Obama, die medial auch in Deutschland wahrzunehmen sind, gibt es noch weitere Kandidaten, auf die sich ein Blick lohnt!

Das Duell wird in einfachem Englisch ausgetragen – gute Grundkenntnisse dürften also reichen! Nutzt die Gelegenheit und lernt die etwa 15 aktiven Göttinger Democrats kennen, von denen auch einige in der SPD Mitglied sind! Ihr seid im Namen der Democrats und des SPD-Stadtverbands herzlich eingeladen! (mk)

www.democratsabroad.org

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Stadtverband Göttingen
– Stadtverbandsvorstand –
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

Redaktion:
Gregor Motzer
Horst Reinert
Stefan Christmann, V.i.S.d.P.
Martin Koch

Auflage: 1400 Exemplare
druckpunkt@spd-goettingen.de

Mindestlohn ist Menschenrecht!

Deutschland ist innerhalb der Europäischen Union eines der wenigen Länder, das keinen gesetzlichen Mindestlohn hat. Von insgesamt 25 Mitgliedsländern haben 18 Länder Regelungen zum Mindestlohn. In Deutschland führen wir zurzeit eine Phantomdebatte. 17% der Vollzeitbeschäftigten haben einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle, Tendenz steigend! Es sind überwiegend Frauen und insbesondere junge Menschen, die größtenteils in Kleinbetrieben arbeiten, betroffen. Das belegen die Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Gründe für diese Entwicklung sehe ich in unmittelbarem Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung und in der unfruchtbaren Eigendynamik der Globalisierung.

Mindestlohn sichert Menschenwürde

Es geht für mich als Geschäftsführer der Gewerkschaft IG BAU beim Mindestlohn im Kern um Armutsbekämpfung, faire Wettbewerbsbedingungen, Anreize zur Fort- und Weiterbildung und Innovation. Es geht auch darum, die Staatsausgaben einzugrenzen und schließlich geht es um die Glaubwürdigkeit unseres Sozialstaatsprinzips. In jedem Fall geht es aber auch um die grundgesetzlich geschützte Würde des Menschen. Meine Kernaussage dazu ist folgende:

Mit Einkommen auskommen können

Egal in welcher Branche ein Mensch vollschichtig beschäftigt ist, muss er mit dieser Arbeit ein Einkommen erzielen, von dem er existieren kann. Auf den Punkt gebracht: mit dem Einkommen muss dieser Mensch auch auskommen können. Ist dies nicht möglich, weil die Bezahlung mit einem Stundenlohn von 4 bis 5 Euro oder niedriger dazu zwingt, zusätzlich staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, halte ich dies für sittenwidrig.

Hier ist meiner Ansicht nach die Würde des Menschen verletzt.

Vergabegesetze werden nicht angewendet

Manche Bundesländer wie beispielsweise Niedersachsen erließen in der Vergangenheit sogar Vergabegesetze mit tariflichen Mindeststandards, die wenigstens bei öffentlichen Vergaben die Firmen zwingen sollten, sich an Tarife zu halten. Kontrollen dieser sinnvollen Regelungen gab und gibt es so gut wie nie. Darum sind auch diese Regeln halbherzig und nur in Einzelfällen hilfreich. Als solcher Einzelfall kann der Lohnbetrug beim Neubau der Justizvollzugsanstalt Rosdorf gelten. Hier konnte ich auf Verweis auf das Vergabegesetz dafür sorgen, dass das Lohndumping auf der Baustelle erfolgreich bekämpft wurde. In Niedersachsen gibt es aber bis heute weitere Erfolge nicht. Gemessen an der tagtäglichen Situation auf den Baustellen ist dies ein Riesenskandal! Weder die Bürgermeister, noch die Landräte oder der Bund und die Land zeigen wegen einer flächendeckend brisanten Haushaltsmisere Interesse, dies zu ändern. Ein Argument mehr für den gesetzlichen Mindestlohn.

Hauptzollämter dürfen Mindestlöhne kontrollieren - wenn es sie gäbe

Die Hauptzollämter haben unter anderem den Auftrag, die Mindestlöhne zu kontrollieren. Sie würden dies gerne tun, wenn es einen gesetzlichen Mindestlohn gäbe. Tarifverträge werden hingegen vom Hauptzollamt nicht kontrolliert, es fehlt an der Befugnis. Die Kommunen haben hier das Recht, diese Kontrolle durchzuführen. In Niedersachsen gibt es bisher nur eine einzige Behörde, die dafür eine halbe Stelle eingerichtet hat. Dies ist auf mein Betreiben der Landkreis Göttingen, aber auch diese



Stelle gibt es erst wenige Monate. Daran sieht man die Ernsthaftigkeit, mit der Niedrig- und Dumpinglöhne bekämpft werden!

Gewerkschaften wolle klare Regeln

Die Politiker brüsten sich mit sinkender Arbeitslosigkeit. Aber welche Arbeit wird angeboten? Es sind vornehmlich Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor. Der Bereich tariffreier Branchen boomt, Zeitarbeit wird bei Sabine Christiansen hoffähig gemacht, obwohl gerade diese Zeitarbeit zu deutlich untertariflichen Preisen angeboten wird. Die Gewerkschaften werden durch die Wirtschaftslobbyisten als Bremser der Nation ausgemacht, obwohl sie einzig das Interesse verfolgen, klare Regeln in einem gemeinsamen Wettbewerb zu erhalten.

Für Mindestlöhne kämpfen!

Die Tarifautonomie droht massiven Schaden zu nehmen, wenn der Mindestlohn nicht sehr bald eingeführt wird. CDU/ CSU verhindern den Mindestlohn auf Bundesebene bisher. Wir sind gut beraten, alle guten Argumente für einen Mindestlohn immer wieder zu publizieren. Dabei halte ich die angestrebten Mindestlohnhöhe von 7,50 Euro für zu gering. Die Menschen müssen nach meinem Verständnis nicht nur in der Lage sein, damit zu überleben, sondern sie müssen auch Urlaub und andere normale Annehmlichkeiten des Lebens davon bestreiten können. Mir fehlt die Vorstellungskraft, dies von 7,50 Euro Stundenlohn bewerkstelligen zu können.

Mitglieder werben, betreuen, aktivieren

Veranstaltung des Stadtverbands am 12.10.07

Die SPD komme wie eine gute, alte Tante daher, spottete „Der Spiegel“ in einer seiner Ausgaben und spielte damit auf den Mangel an Parteinachwuchs an.

Nun verbindet sich mit einer guten, alten Tante durchaus etwas Liebenswürdiges – aber seien wir ehrlich: Sexy klingt das nicht!

Die Zeitungen berichten über weit verbreitete Politikverdrossenheit im ganzen Land: Den Volksparteien, so z.B. „Die Welt“, laufen die Mitglieder weg. Zwar ist die SPD immer noch mitgliederstärkste Partei. Auch haben sich die Mitgliederzahlen zwischenzeitlich wieder etwas erholt. Aber Einbußen lassen sich nicht leugnen. Da mag es wenig trösten, dass auch die anderen Volksparteien vom Mitgliederverlust betroffen sind. Ein „weiter so“ kann es also nicht geben.

Die SPD wäre aber nicht die SPD, wenn sie dieser Entwicklung tatenlos zuschaut. Sie hat immer gekämpft und sich stets aus eigener Kraft erneuert.

Passend zum Motto: Neue Zeiten brauchen neue Antworten, lud Markus Bärsch aus dem SPD-Stadtverbandsvorstand die Ortsvereine zur Gründung der Projektgruppe „Mitglieder werben, betreuen, aktivieren“ ein. Die Veranstaltung dient der Hilfestellung der Ortsvereine, ihre Arbeit aktiver und damit attraktiver für ihre Mitglieder zu gestalten.

Einleitend stellte Markus die drei Themenkomplexe – Mitgliederwerbung, Mitgliederbetreuung, Mitgliederaktivierung vor.

Die klassische Mitgliederwerbung, das Ansprechen von Bekannten, Verwandten und Freunden, ist immer noch eine funktionierende, unerlässliche Strategie.

Sie kann allerdings dazu führen, dass Ortsvereine zunehmend homogene Strukturen entwickeln, da die Mitglieder vornehmlich aus ihren eigenen Kreisen und Altersgruppen anwerben. So gibt es die Tendenz, dass Ortsvereine nur noch

aus jungen oder alten Menschen oder aus bestimmten Bildungsschichten bestehen unter Verlust der Bandbreite, die einen Ortsverein ausmacht.

Auch die Mitgliederbetreuung ist nicht immer einfach.

Es gibt Mitglieder, die, obschon vor langer Zeit in die Partei eingetreten, keine Verbindung zu ihrem Ortsverein aufbauen.

So gilt es herauszufinden, ob sich das Mitglied eine bessere Einbindung in die Arbeit des Ortsvereins wünscht oder lieber „stilles“ Mitglied sein mag. Oft fehlt die Kenntnis, in welchen anderen Gruppen (z.B. den Jusos) das Mitglied schon aktiv ist.

Die Anwesenden stimmten darin überein, dass viele Mitglieder gesellige Veranstaltungen (z.B. einen Spieleabend oder ein Sommerfest) außerhalb der turnusmäßigen Versammlungen schätzen. Oft können hier „verschollene“ geglaubte Mitglieder begrüßt werden.

Bei der Mitgliederaktivierung geht es um die Frage, wie der Ortsverein Mitglieder für die Mitarbeit gewinnen kann.

Gerade neue Mitglieder fühlen sich schnell von den Strukturen des Parteilebens überfordert. Begriffe wie „Unterbezirk“ oder „Delegiertenversammlung“ sind für sie Neuland. Auch fehlen Informationen, wie man Kontakt zum Vorstand oder zu einer Arbeitsgemeinschaft aufnimmt und in welchem Rhythmus diese tagen.

Wichtig ist in jedem Fall eine freundliche Begrüßung der Neuen. Die Anwesenden tauschten dazu ihre Erfahrungen und Verbesserungsideen aus.

Eines steht fest: Es ist nicht mehr wie früher, als die Mitglieder noch in jungen Jahren eintraten und der Partei schon aus Treue oder Tradition bis zum Lebensende verbunden blieben. Die Menschen heute sind eher an zeitlich begrenzter Projektarbeit interessiert und durchaus flexibel genug, der Partei

den Rücken zu kehren, wenn sich ihre Erwartungen nicht erfüllen.

„Göttingen ist davon gekennzeichnet, dass die Ortsvereine durch ganz unterschiedliche Gruppen, z.B. Studenten, alte Menschen oder Akademiker geprägt werden. Die Ortsvereine sind ein Abbild der Bevölkerung vor Ort. Die Unterschiedlichkeit der Ortsvereine in Göttingen ist eine Besonderheit im Vergleich zu anderen Städten.“, so Markus Bärsch.

Die Vielfalt unter den Ortsvereinen ist sicher Teil unseres Göttinger Charmes, macht aber eine Bündelung ihrer Interessen nicht immer leicht.

Auch die Aktivierung der Jugend ist ein wichtiges Thema. Hier haben wir noch Nachholbedarf.

In den folgenden Sitzungen werden wir auch die Defizite in unseren eigenen Ortsvereinen selbstkritisch unter die Lupe nehmen, um uns weiter zu verbessern. Dazu werden wir die jeweiligen Strukturen näher untersuchen, um herauszufinden, welche Gruppen gezielter geworben werden sollten.

Darin waren sich alle einig: Die SPD ist alles andere als ein closed shop. Jeder und jede ist eingeladen, mitzumachen.

Das gilt übrigens auch für unsere Ortsvereine. Von 10 Ortsvereinen in der Stadt Göttingen waren (neben den Jusos) leider nur 3 Vereine bei der Veranstaltung vertreten. Wenn wir dieses Projekt schultern wollen, brauchen wir jedoch mehr Unterstützung.

Darum die Bitte: Kommt zur Folgeveranstaltung am 09.11.07 um 19.00 Uhr (Forum Parteihaus). Ihr verpasst sonst eine super Chance, eurer Arbeit vor Ort noch mal den richtigen Kick zu geben. Denkt an den berühmten Ausspruch von Gorbatschow!

Karin Weber-Klatt

Abendseminar

„Unternehmenssteuerreform“

Die Ankündigung in der Einladung klang nicht unbedingt nach kurzweiliger Feierabendgestaltung. Aber das Forum war voll – zur Freude von OV Ost und Stadtverband, die den Info-Abend organisiert hatten.

Wer die Einleitung zum Buch „Auf der Höhe der Zeit“ von Steinbrück, Steinmeier und Platzeck gelesen hat, kann sich entspannt zurücklehnen: Alles ist gut. Die Finanzpolitik von Rot/Grün hat Deutschland gerettet.



Wer allerdings am Montag, den 10. September den Ausführungen von Achim Truger, Referent des Böckler-Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, lauschte, wurde eines besseren – vielmehr schlechteren – belehrt. Mit den vom Finanzministerium ins Internet gestellten Statistiken wies Truger nach, was viele schon ahnten, aber nicht zu sagen wagten: Die finanziellen Folgen der Steuerreformen aus der rot/grünen Regierungszeit haben zu massiven Einnahmeausfällen bei Bund, Ländern und Gemeinden geführt.

Trotz der Kürze der Zeit gelang es Achim Truger, das Konzept der Unternehmenssteuerreform aus dem Hause Steinbrück nachvollziehbar darzustellen. Anschließend erläuterte er die Kritik seines Instituts, das zum Beraterkreis der Bundesregierung gehört. Schon die Begründung des Finanzministers – Deutschland liegt mit dem nomi-

nalens Steuersatz im höchsten Bereich, deshalb muss die Wirtschaft entlastet werden – ist irreführend. Durch „Steuergestaltung“ gelingt es den großen Unternehmen, ihre Steuerlast real um erhebliche Summen zu reduzieren. Martin Koch, der den Abend moderierte, zeigte am Beispiel IKEA, wie sich internationale Konzerne „arm“ rechnen.

Die langfristigen Folgen der Reform sind schon jetzt absehbar negativ, wie Truger anschaulich darstellte

anhand der Zahlen, die das Finanzministerium selbst veröffentlicht hat.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass noch eine Menge Informationsbedarf besteht. Und so mancher kam ins Grübeln, ob wir mit der Steuerpolitik tatsächlich „Auf der Höhe der Zeit“ sind.

Wer Interesse an der

Studie des IMK zur Unternehmenssteuerreform hat, kann sich ein Exemplar im Parteibüro abholen!

Petra Rudolphi-Korte

P.S.: Wem die Reform nützt, hat Herr Ackermann erzählt: Er beruhigte seine Aktionäre, dass der milliardenschwere Gewinneinbruch bei der Deutschen Bank (Hypothekenkrise) durch Steuerrückzahlungen infolge der Unternehmenssteuerreform wieder ausgeglichen wird.

Aktuelle Termine:

spd-goettingen.de

Einladung zur Veranstaltung:

Integrationspolitik in Göttingen – Wir organisieren Erfolge

Termin:

Donnerstag, 01. November 2007

18.00 Uhr,

Forum des SPD-Parteihauses, Nikolaistraße 30

mit

Wolfgang Meyer

(Oberbürgermeister der Stadt Göttingen)

Renate Kornhardt

(Leiterin des Büros für Integration bei der Stadt Göttingen)

Ein neuer Integrationsrat ist vor kurzem gewählt worden und hat die Arbeit aufgenommen. Parallel dazu wird in der Stadtverwaltung ein kommunales Integrationskonzept erarbeitet. Es soll das interkulturelle Bewusstsein in der Verwaltung - aber auch darüber hinaus - schärfen. Migrantinnen und Migranten, die sich für Göttingen entschieden haben, werden so in den nächsten Jahren stärker in das Blickfeld von Politik, Verwaltung und Bevölkerung rücken. Gleiches gilt für Menschen, die in Zukunft nach Göttingen kommen und kommen sollen. Die SPD Göttingen, in der viele Mitglieder mit Migrationshintergrund aktiv sind, möchte den Prozess aktiv begleiten. Wir wollen uns die verschiedenen Projekte und Schwerpunkte von Wolfgang Meyer und Renate Kornhardt erläutern lassen und mit ihnen darüber diskutieren. Alle Mitglieder und Interessierte - natürlich auch ohne Migrationshintergrund - sind herzlich dazu eingeladen!

Immer den richtigen Ton treffen

Medienkompetenzseminar des SPD-Stadtverbands

Als politisch aktiver Mensch steht man vor dem Problem, seine politischen Inhalte und Standpunkte auch adäquat an den Mann und an die Frau zu bringen. Auch wenn wir heute in der vielgepriesenen „Mediengesellschaft“ leben, heißt das keinesfalls, dass es auch einfacher geworden ist, in den regionalen Zeitungen, Magazinen oder im Rundfunk die eigenen Themen erfolgreich zu platzieren.

Hier sollte nun das „Medienkompetenzseminar“ Abhilfe schaffen, das der SPD-Stadtverband am 13.10.07 im Forum des Parteihauses veranstaltete. Das mit 16 Personen leider nur durchschnittlich gut besuchte Kurzseminar sollte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lage versetzen, die eigene Medienkompetenz zu verbessern und es durch die Wahl einer klugen Kommunikationsstrategie zu erreichen, dass die dabei typischen Fehler schon im Vorfeld vermieden werden. Dafür hatte der Stadtverband den Pressesprecher der Stadtwerke Göttingen, Klaus Plaisir, als kompetenten Referenten eingeladen.

Plaisir, der sich als langjähriger GT-Redakteur und professioneller PR-Mann bestens mit beiden Seiten des Medienbetriebs auskennt, gab den anwesenden Genossinnen und Genossen zunächst eine kurze Einführung in die Medienlandschaft Göttingens und in die grundlegenden Regeln der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Vordergrund stand dabei – neben erfolgreichen und weniger erfolgreichen Beispielen aus der Praxis – auch die Übungsaufgabe, aus einem vorgegebenen Sachverhalt wahlweise eine eigene Pressemitteilung oder ein internes Memo zu erstellen: So sollten einerseits der höhere Umsatz und ein Rekordgewinn eines fiktiven Unternehmens als Information der Presse mitgeteilt werden, andererseits auch der geplante massive Arbeitsplatzab-

bau in den nächsten Monaten. Zwischen den Zeilen wurde sehr gut deutlich, wie leicht man durch die kluge Wahl der kommunikativen Mittel unbequeme Wahrheiten verschleiern kann, ein Mittel, dessen sich die freie Marktwirtschaft augenscheinlich sehr gern bedient.

Schnell wurde klar, dass Klaus Plaisir sein Handwerk perfekt beherrscht. Entgegen der Meinung vieler renommierter PR-Strategen hält es Plaisir für unumgänglich, auch die negativen Aspekte einer Nachricht nicht zu verschweigen. Im Rahmen einer guten Strategie müsse man auch die unangenehmen Dinge beim Namen nennen, da sie „früher oder später ohnehin herauskommen“. Wichtig sei dabei, die besagten Negativanteile der Nachricht zu kompensieren und bestenfalls sogar zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Dies ist dann auch die Quintessenz des von Plaisir vorgestellten „issues management“ („Themen-Management“), das die Basis einer jeden guten PR-Strategie sein müsse. Vor jedem kommunikativen Schritt sollte man sich überlegen, wie die Öffentlichkeit oder der politische Gegner darauf reagieren könnten. Um Negativberichterstattung zu vermeiden, müsse man selbst (und selbstkritisch) Themen setzen – bevor es die anderen tun.

Abschließend gab Klaus Plaisir den Genossinnen und Genossen den Rat mit auf den Weg, Journalisten als „normale Menschen“ zu sehen und auch so zu behandeln. Denn oftmals bestimme das „wie“ des Miteinanders auch den Erfolg einer politischen Kommunikation: Der Ton macht die Musik.

Kevin Archut
Wahlkreismitarbeiter
von Gabriele Andretta

Martins Kulturtipps

Falls jemand von Euch die nächste Zeit was Tolles erleben will – ich war jetzt schon dreimal im Jungen Theater und habe „Die Möwe“, „Der Hässliche“ und „norway.today“ gesehen.

„Die Möwe“ passt überraschend wenig in den etablierten Stil des Jungen Theaters, ist aber sehr mutig und interessant inszeniert. Besonders überzeugte mich die Darbietung der Schauspielerin Agnes Giese, aber auch viele andere aus dem Team von Intendant Andreas Döring zeigen, was sie drauf haben. „Die Möwe“ ist genau das Richtige für Kulturjunkies.

„Der Hässliche“, in dem es um den Jobfaktor Schönheit und – selbstverständlich – um die Frage nach dem Wert des Menschen geht, fand ich richtig super. „Der Hässliche“ ist im Gegensatz zu „Die Möwe“ auch ein Einsteigerstück, das Laune auf den gesamten Rest der noch jungen Spielzeit im Jungen Theater macht.

Bei „norway.today“ geht es um zwei Jugendliche, die sich im Internet-Chat zum Selbstmord verabreden und an einem norwegischen Fjord ein Ende finden wollen. Individuell wäre der Mut nicht groß genug, gemeinsam bietet sich natürlich noch eine Menge Gesprächsstoff. Auf der Klippe des Fjords, 600 Meter über dem eisigen Meer, findet sich endlich Frischluft, um durchzuatmen, über den Sinn des Lebens sowie den Sinn des Todes zu diskutieren, sich erstmals seit langer Zeit von Angesicht zu Angesicht zu streiten und in einer faszinierenden Art zu neuen Gedanken zu kommen. Das gefeierte 2-Personen-Theaterstück ist auch in Göttingen super gelungen!

Also: Empfehlung für alle drei Stücke, besonders aber für „Der Hässliche“ und „norway.today“.

Martin Koch

www.junges-theater.de